

# Landtag

19. Wahlperiode

27. Sitzung vom 25. September 2013

## Sitzungsbericht

(Beginn um 9.01 Uhr.)

Vorsitzende: Erster Präsident Prof Harry Kopietz, Zweiter Präsident Johann Herzog und Dritte Präsidentin Marianne Klicka.

Schriftführerinnen bzw Schriftführer: Abg Michael Dadak, Abg Mag Barbara Feldmann, Abg Martin Flicker, Abg Peter Florianschütz, Abg Eva-Maria Hatzl, Abg Waltraud Karner-Kremser, MAS, Abg Dipl-Ing Martin Margulies, Abg Anica Matzka-Dojder, Abg Ernst Nevrviv, Abg Mag Gerhard Spitzer und Abg Christian Unger.

Präsident Prof Harry Kopietz eröffnet die Sitzung.

1. Entschuldigt sind Abg Gerhard Haslinger, Abg Dietrich Kops, Abg Siegi Lindenmayr, Abg Dominik Nepp, Abg Rudolf Stark, Abg Dipl-Ing Roman Stiftner und Amtsf StRin Mag Ulli Sima sowie zeitweilig Abg Peter Florianschütz, Abg Kathrin Gaal, Abg Mag Karin Holdhaus, Abg Waltraud Karner-Kremser, MAS, Abg Ingrid Korosec, Abg Martina Ludwig-Faymann und Abg Christoph Peschek.

2. Präsident Prof Harry Kopietz hält einen Nachruf auf den am 20. Juli 2013 verstorbenen Bürger der Stadt Wien, Amtsführenden Stadtrat aD, Univ-Prof Dr Alois Stacher. Im Anschluss wird eine Gedenkminute abgehalten.

3. In der Fragestunde werden von Präsident Prof Harry Kopietz folgende Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (FSP - 03076-2013/0001 - KU/LM) Abg Dr Wolfgang Aigner an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport:

"Medienberichten zufolge werden zeitlich befristete angestellte Landeslehrer in Wien nicht für ein ganzes Kalenderjahr, sondern nur für ein Schuljahr (exklusive der Sommerferien) angestellt. Die betroffenen Lehrer müssen sich im Sommer arbeitslos melden, auch wenn sie eine Wiedereinstellungszusage für das nächste Schuljahr haben. Dadurch werden junge Lehrer in eine prekäre Situation gebracht und sie erleiden finanzielle Nachteile. Außerdem wird das ohnehin angespannte Budget des AMS über Gebühr strapaziert. Die Stadt Wien bedient sich dabei einer Vorgangsweise, die man sonst nur aus manchen Bereichen der Privatwirtschaft kennt, an der seitens der Politik auch immer wieder Kritik geübt wird. Des Weiteren ist der wiederholte Abschluss von Kettenverträgen samt monatelanger Arbeitslosigkeit sicher kein attraktives Angebot für Junglehrer in Zeiten eines Lehrermangels. Werden Sie in Hinkunft dafür Sorge tragen, dass befristet angestellte Landeslehrer ein ganzes Kalenderjahr angestellt und möglichst rasch in ein unbefristetes Dienstverhältnis übernommen werden?"

2. Anfrage (FSP - 03075-2013/0001 - KVP/LM) Abg Dr Wolfgang Ulm an den Landeshauptmann:

"Das Anfragerrecht der Gemeinderatsmitglieder an den Bürgermeister und die amtsführenden Stadträte gemäß § 15 WStV bezieht sich auf alle Angelegenheiten des eigenen

Wirkungsbereiches der Gemeinde, und zwar sowohl auf die hoheitliche Verwaltung als auch auf die Privatwirtschaftsverwaltung der Gemeinde. Es bezieht sich jedoch nicht auf die Tätigkeit ausgegliederter Rechtsträger mit eigener Rechtspersönlichkeit. Zur Wiener Stadtwerke Holding AG (Wiengas, Wienstrom, Wiener Linien, Bestattung Wien, etc.) besteht keine Möglichkeit Fragen zu stellen, außer im Unterausschuss des Finanzausschusses. Zur Wien Holding GmbH (Stadthalle, Vereinigte Bühnen Wien, EBS, Wiener Hafen, etc.), zur Wirtschaftsagentur, zum Fonds Soziales Wien oder zum Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser ua besteht überhaupt kein Fragerecht. Dies obwohl die genannten Unternehmen und Einrichtungen der Stadt Wien eminent bedeutende kommunale Aufgaben wahrnehmen und der Gemeinderat gemäß § 81 WStV die Oberaufsicht über die Geschäftsführung in allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde, und zwar sowohl hinsichtlich der hoheitlichen Verwaltung als auch hinsichtlich der Privatwirtschaftsverwaltung, hat. Ein Aufsichtsrecht ohne Fragerecht sollte nicht länger hingenommen werden. Werden Sie sich daher dafür einsetzen, dass auf Grund einer Reform des Wiener Interpellationsrechtes Anfragen der Gemeinderatsmitglieder zu allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde bzw den Tätigkeiten der kommunalen Daseinsvorsorge, unabhängig von der Organisationsform, in deren Rahmen sie erledigt werden, möglich werden?"

3. Anfrage (FSP - 03074-2013/0001 - KSP/LM) Abg Mag Muna Duzdar an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport:

"Den beitragsfreien Ganztageskindergarten gibt es unter allen Bundesländern flächendeckend nur in Wien. Wie sehen die Ausbaupläne für die Zukunft aus?"

4. Anfrage (FSP - 02219-2013/0001 - KVP/LM) Abg Dr Wolfgang Ulm an den Landeshauptmann:

"Die Einrichtung eines Stadtrechnungshofes scheiterte zuletzt am mangelnden Transparenzwillen des Landes. Einer der nach wie vor offenen Punkte ist insbesondere die zukünftige Prüfkompetenz bei PPP-Projekten. Diese wäre allenfalls möglich, soweit eine Kontrollmöglichkeit vorbehalten wurde. Bei wie vielen PPP-Projekten wurde seitens des Landes seit 2010 ein solcher Kontrollvorbehalt vereinbart?"

4. (AST - 03053-2013/0002 - KVP/AL) In der Aktuellen Stunde findet auf Antrag des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien eine Aussprache über das Thema "Stadtrechnungshof für Wien - mehr Kompetenzen für mehr Transparenz durch eine Reform der Wiener Stadtverfassung" statt.

(Rednerin bzw Redner: Abg Dr Wolfgang Ulm, Abg Birgit Hebein, Abg Mag Johann Gudenus, M.A.I.S., Abg Mag Thomas Reindl, Abg Dr Wolfgang Aigner, Abg Mag Alexander Neuhuber, Abg David Ellensohn, Abg Mag Dietbert Kowarik und Abg Dipl-Ing Rudi Schicker.)

5. An schriftlichen Anfragen wurden eingebracht: Von Abgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen 1:

(PGL - 03204-2013/0001 - KFP/LF) Anfrage von Abg Mag Dietbert Kowarik an den Landeshauptmann betreffend Ernennungsvorgänge der Mitglieder des Verwaltungsgerichtes Wien.

An schriftlichen Anträgen wurden eingebracht: Von Abgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen 1:

(PGL - 03136-2013/0001 - KFP/MDLAT) Abg Mag Johann Gudenus, M.A.I.S., Abg Mag Wolfgang Jung, Abg Gerhard Haslinger und Abg Armin Blind haben einen Antrag

betreffend Reform des Wiener Prostitutionsgesetzes 2011 eingebracht und gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien die dringliche Behandlung verlangt.

Gemäß § 30 b der Geschäftsordnung des Landtages für Wien wurden folgende Gesetzesvorlagen eingebracht:

(LG - 02867-2013/0001/LAT) Abg Erich Valentin, Abg Heinz Hufnagl, Abg Ernst Holzmann, Abg Waltraud Karner-Kremser, MAS, Abg Ernst Nevrivy, Abg Mag Gerhard Spitzer, Abg Mag Rüdiger Maresch, Abg Mag Karin Holdhaus und Abg Norbert WALTER, MAS haben am 27. August 2013 eine Gesetzesvorlage betreffend Änderung des Wiener Buschenschankgesetzes, LGBl für Wien Nr 4/1976, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl für Wien Nr 56/2010 eingebracht, welche dem Ausschuss für Umwelt zugewiesen wurde.

(LG - 03004-2013/0001/LAT) Abg Franz Ekkamp, Abg Mag Thomas Reindl, Abg Dipl-Ing Rudi Schicker, Abg Dr Kurt Stürzenbecher und Abg Dipl-Ing Martin Margulies haben am 12. September 2013 eine Gesetzesvorlage betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über das Wiener Abgabenorganisationsrecht, das Wiener Verwaltungsabgabengesetz 1985, das Kulturförderungsbeitragsgesetz 2000, das Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren, das Gebrauchsabgabengesetz 1966 und das Vergnügungssteuergesetz 2005 geändert werden (Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz Abgaben) eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke zugewiesen und am 20. September 2013 von der Tagesordnung des Ausschusses abgesetzt.

(LG - 03005-2013/0001/LAT) Abg Franz Ekkamp, Abg Mag Thomas Reindl, Abg Dipl-Ing Rudi Schicker, Abg Dr Kurt Stürzenbecher und Abg Dipl-Ing Martin Margulies haben am 12. September 2013 eine Gesetzesvorlage betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über das Wiener Abgabenorganisationsrecht, das Wiener Verwaltungsabgabengesetz 1985, das Kulturförderungsbeitragsgesetz 2000, das Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren, das Gebrauchsabgabengesetz 1966, das Vergnügungssteuergesetz 2005, das Wiener Baumschutzgesetz, das Wiener Abfallwirtschaftsgesetz, das Wiener Garagengesetz 2008 und das Gesetz über das Verwaltungsgericht Wien geändert werden (Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz Abgaben) eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke zugewiesen und von den Antragsstellern am 23. September 2013 zurückgezogen.

**6.** Präsident Johann Herzog nimmt eine Umstellung der Tagesordnung insofern vor, als die Postnummern wie folgt gereiht werden:

Postnummern: 1, 2, 4, 3, 5, 6, 7, 8, 9 und 10.

Auf Vorschlag von Präsident Johann Herzog beschließt der Landtag einstimmig, die auf der Tagesordnung stehende Wahl durch Handerheben durchzuführen:

**7.** (02965-2013/0001-MDLTG; P 1) Bundesrat Hans-Jörg Jenewein hat mit 1. Juli 2013 sein an 10. Stelle gereihtes Mandat im Bundesrat zurückgelegt. Auf dieses Mandat rückte das an gleicher Stelle gereichte Ersatzmitglied, Dr Herbert Madejski, nach.

Auf Vorschlag des Klubs der Wiener Freiheitlichen wird als neues Ersatzmitglied für die 10. Stelle Hans-Jörg Jenewein gewählt.

**8.** Präsident Johann Herzog begrüßt die Volksanwältin Dr Gertrude Brinek und den Volksanwalt Dr Peter Fichtenbauer.

**9.** (02815-2013/0001-MDLTG, P 2) Der 34. Bericht der Volksanwaltschaft 2012 an den Wiener Landtag wird zur Kenntnis genommen.

(Rednerinnen bzw Redner: Abg Ing Isabella Leeb, Abg Birgit Hebein, Abg Ing Bernhard Rösch, Abg Mag Sonja Ramskogler, Abg Wolfgang Seidl, Volksanwältin Dr Gertrude Brinek und Volksanwalt Dr Peter Fichtenbauer.)

Berichterstatter: Amtsf StR Dr Andreas Mailath-Pokorny

**10.** (LG - 02383-2013/0001/LAT, P 4) Die in der Beilage Nr 21 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz betreffend die Regelung des Kinowesens (Wiener Kinogesetz 1955), LGBl für Wien Nr 18/1955, zuletzt geändert durch LGBl für Wien Nr 19/2013, geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

**11.** Präsidentin Marianne Klicka begrüßt die Präsidentin des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien DDr Katharina Schönberger.

Berichterstatterin: Amtsf StRin Sandra Frauenberger

**12.** (02896-2013/0001-GIF; P 3) Der gemäß § 13 des Gesetzes vom 26. Juni 1990 über den Unabhängigen Verwaltungssenat Wien, LGBl für Wien Nr 53/1990, idF LGBl für Wien Nr 42/2010, vorgelegte Tätigkeitsbericht für das Kalenderjahr 2012 wird zur Kenntnis genommen.

(Rednerin bzw Redner: Abg Dr Wolfgang Ulm, Abg Dr Kurt Stürzenbecher, Abg Dr Jennifer Kickert und Abg Mag Dietbert Kowarik.)

Berichterstatter: Abg Erich Valentin

**13.** (LG - 00145-2013/0001, P 5) Die in der Beilage Nr 17 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener land- und forstwirtschaftliche Gleichbehandlungsgesetz geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatter: Abg Erich Valentin

**14.** (LG - 02867-2013/0001/LAT, P 6) Die in der Beilage Nr 22 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Buschenschankgesetzes, LGBl für Wien Nr 4/1976, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl für Wien Nr 56/2010, geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatter: Abg Erich Valentin

**15.** (02834-2013/0001-GGU; P 7) Der Naturschutzbericht für das Jahr 2012 wird zur Kenntnis genommen.

(Redner: Abg Ing Udo Guggenbichler, Abg Heinz Hufnagl, Abg Mag Günter Kasal und Abg Mag Rüdiger Maresch.)

**16.** Redner zur Geschäftsordnung: StR DDr Eduard Schock, Abg Godwin Schuster und Abg Mag Dietbert Kowarik.

Berichterstatter: Amtsf StR Christian Oxonitsch

**17.** (02584-2013/0001-MDLTG, P 8) Der in der Beilage Nr 19 enthaltene Abschluss einer Vereinbarung zwischen

dem Bund und den Ländern gemäß Art 15a B-VG über den weiteren Ausbau ganztägiger Schulformen wird genehmigt.

Berichterstatter: Amtsf StR Christian Oxonitsch

**18.** (02585-2013/0001-MDLTG, P 9) Der in der Beilage Nr 20 enthaltene Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen wird genehmigt.

(Rednerinnen bzw Redner: Abg Mag Martina Wurzer, Abg Dr Wolfgang Aigner, Abg Mag Jürgen Czernohorszky und Abg Ing Isabella Leeb.)

Berichterstatterin: LhptmStin Mag Renate Brauner

**19.** (LG - 02482-2013/0001, P 10) Die in der Beilage Nr 24 enthaltene Vorlage des Gesetzes, mit dem das Gesetz über das Wiener Abgabenorganisationsrecht, das Wiener Verwaltungsabgabengesetz 1985, das Kulturförderungsbeitragsgesetz 2000, das Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren, das Gebrauchsabgabengesetz 1966, das Vergnügungssteuergesetz 2005, das Wiener Baumschutzgesetz, das Wiener Abfallwirtschaftsgesetz, das Wiener Garagengesetz 2008 und das Gesetz über das Verwaltungsgericht Wien geändert werden (Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz Abgaben), wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

(PGL - 03225-2013/0001 - KVP/LAT) Der Beschluss-(Resolutions-)Antrag von Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger und Abg Mag Alexander Neuhuber betreffend Aufhebung des Wiener Valorisierungsgesetzes wird abgelehnt.

(Redner: Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger.)

**20.** (PGL - 03136-2013/0001 - KFP/MDLAT) Der Dringliche Antrag von Abg Mag Johann Gudenus, M.A.I.S., Abg Mag Wolfgang Jung, Abg Gerhard Haslinger und Abg Armin Blind betreffend Reform des Wiener Prostitutionsgesetzes 2011 wird von Abg Mag Wolfgang Jung mündlich begründet. Anschließend wird eine Debatte abgeführt und der Antrag der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal zur weiteren Behandlung zugewiesen.

(PGL - 03226-2013/0001 - KVP/LAT) Der Beschluss-(Resolutions-)Antrag von Abg Dr Wolfgang Ulm und Abg Mag Barbara Feldmann betreffend Parteienstellung für Anrainerinnen und Anrainer im Genehmigungsverfahren von Prostitutionslokalen wird abgelehnt.

(PGL - 03227-2013/0001 - KVP/LAT) Der Beschluss-(Resolutions-)Antrag von Abg Dr Wolfgang Ulm und Abg Mag Barbara Feldmann betreffend Verbot der Straßenprostitution auf der Brunner Straße wird abgelehnt.

(PGL - 03228-2013/0001 - KFP/LAT) Der Beschluss-(Resolutions-)Antrag von Abg Mag Johann Gudenus, M.A.I.S., Abg Mag Wolfgang Jung, Abg Angela Schütz, Abg Gerhard Haslinger und Abg Armin Blind betreffend Reform des Wiener Prostitutionsgesetzes 2011 wird abgelehnt.

(Rednerinnen bzw Redner: Abg Wolfgang Seidl, Abg Dr Wolfgang Ulm, Abg Birgit Hebein, Abg Nurten Yilmaz, Abg Angela Schütz, Abg Dr Kurt Stürzenbecher und Abg Armin Blind.)

(Schluss um 15.47 Uhr.)